

# Brandenburgisches Oberlandesgericht

## - Der Präsident -



Hinweise zu den notwendigen urkundlichen Nachweisen im Verfahren nach § 1309 Abs. 2 BGB auf Befreiung von der Beibringung des Ehefähigkeitszeugnisses. Es gelten außerdem die **Allgemeinen Hinweise** zur Durchführung des Verfahrens, abrufbar unter [www.olg.brandenburg.de](http://www.olg.brandenburg.de).

## PHILIPPINEN (Republik der Philippinen)

Stand: 01.04.2020

### Inhaltliche Überprüfung

Urkunden aus den Philippinen werden derzeit nicht mehr mit einer Legalisation versehen. An die Stelle der Legalisation tritt die inhaltliche Prüfung der Urkunden durch die zuständige Deutsche Botschaft in Manila/Philippinen. (siehe Anmerkung)

Die inhaltliche Prüfung der Urkunden und Bescheinigungen ist durch das Standesamt mit einem Amtshilfeersuchen an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Manila/Philippinen zu veranlassen. Für die Kosten des Überprüfungsverfahrens haben die Verlobten beim Standesamt einen entsprechenden Kostenvorschuss zu zahlen. Hinweise zu dem Amtshilfeersuchen können dem Merkblatt der Deutschen Botschaft entnommen werden: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2006292/be4111230ea0c241ce645d879491b279/merkblatt-philippinen-data.pdf>

Zur Überprüfung der Urkunden und Bescheinigungen werden teilweise zusätzliche Dokumente oder Angaben benötigt (z. B. Wegstreckenbeschreibungen, Fotos), die sich aus dem Merkblatt der Botschaft ergeben.

### Vorzulegende Urkunden (zur Form - siehe: Allgemeine Hinweise)

#### Urkundliche Nachweise zur Geburt, Abstammung und Familienstand

- 1) Geburtskurkunde, ausgestellt durch das Hauptstandesamt Philippine Statistics Authority (PSA), vormals NSO
- 2) Ledigkeits-/Familienstandsbescheinigung in Form einer PSA-Index-Bescheinigung
  - a) CENOMAR für ledige philippinische Staatsangehörige
  - oder
  - b) CEMAR für geschiedene/verwitwete philippinische Staatsangehörige
- 3) Zusätzlich bei Antragstellern mit Aufenthalt in Deutschland: Ehefähigkeitsbescheinigung, ausgestellt von der philippinischen konsularischen Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland (Certificate of legal capacity to contract marriage)
- 4) Männer und Frauen bedürfen bis zur Vollendung des 21. Lebensjahrs der Einwilligung bzw. bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres der Vorlage eines Ehrerbietigkeitsaktes der Eltern bzw. des Vormunds in notarieller Form mit Angabe des künftigen Ehepartners

- 5) Eigene Versicherung an Eides statt zum Familienstand gegenüber dem deutschen Standesbeamten mit Angaben zu religiösen, rituellen und zivilrechtlichen Eheschließungen bzw. Lebenspartnerschaften im Heimat- und Ausland

### **Urkundliche Nachweise zu jeder im Heimat- und Ausland geschlossenen Vorehe und deren Auflösung**

- 1) Heiratsurkunde, ausgestellt durch das Hauptstandesamt Philippine Statistics Authority (PSA) oder National Census und Statistics Office (NSO)

- 2) a) Im Falle christlicher oder ziviler Ehen:  
Annulierungs-/Nichtigkeitsurteil nebst Rechtskraftnachweis

b) Im Falle islamischer Ehen:  
Scheidungsurkunde/-urteil des Shariagerichts  
Sofern sich der eheauflösende Akt nicht aus diesen Unterlagen ergibt, sind weitere Urkunden vorzulegen. Bei einer widerruflichen Scheidung ist zu belegen, dass ein Widerruf während der Idda-Zeit nicht erfolgt ist.

oder

statt - a) oder b) -

ggf. Sterbeurkunde, ausgestellt durch das Hauptstandesamt Philippine Statistics Authority (PSA) oder National Census und Statistics Office (NSO)

### **Anerkennung ausländischer Scheidungsurteile im Heimatland**

Ausländische Scheidungsurteile bedürfen zur Wirksamkeit für den philippinischen Rechtsbereich der förmlichen Anerkennung durch das zuständige philippinische Gericht. Zum Nachweis der Wirksamkeit des ausländischen Scheidungsurteils in den Philippinen ist die Anerkennungsentscheidung des zuständigen Gerichts mit Rechtskraftvermerk vorzulegen.

### **Anmerkungen**

#### zur inhaltlichen Überprüfung / Apostille

Die Philippinen sind am 12.09.2018 dem Haager Apostilleübereinkommen beigetreten. Die Bundesrepublik Deutschland hat unter Bezugnahme auf Art. 12 Abs. 2 des Übereinkommens Einspruch gegen den Beitritt der Philippinen erklärt. Das Haager Apostillenübereinkommen ist daher zwischen den Philippinen und der Bundesrepublik Deutschland **nicht anwendbar**.